

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Janina Böttger, Janine Wissler, Doris Achelwilm, Dr. Dietmar Bartsch, Desiree Becker, Maik Brückner, Clara Bünger, Jörg Cezanne, Agnes Conrad, Mirze Edis, Mandy Eißing, Kathrin Gebel, Christian Görke, Cem Ince, Cansin Köktürk, Ina Latendorf, Tamara Mazzi, Pascal Meiser, Bodo Ramelow, Heidi Reichinnek, Zada Salihović, David Schliesing, Lisa Schubert, Ines Schwerdtner, Isabelle Vandré, Sarah Vollath, Sascha Wagner, Anne Zerr und der Fraktion Die Linke

Abwanderung und Perspektiven junger Frauen in Ostdeutschland

Seit der deutschen Wiedervereinigung sind die ostdeutschen Bundesländer von erheblichen demografischen Veränderungen geprägt. Neben einem Bevölkerungsrückgang und Überalterung gibt es auch erhebliche Ungleichgewichte in der Geschlechterverteilung.

Das Statistische Bundesamt stellte 2022 für Deutschland insgesamt einen leichten Frauenüberhang fest, der zwischen den Ländern kaum variiert (vgl. www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Grafiken/Newsroom/2023/Interaktiv/20231114-zdw-geschlechterverhaeltnis-bundeslaender.html). Ein anderes Bild zeigt sich in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen: In Sachsen-Anhalt leben rund 15 Prozent mehr junge Männer als Frauen – der höchste Männerüberschuss aller Bundesländer, gefolgt von Thüringen und Brandenburg. Der Mangel an jungen Frauen ist besonders in ländlichen Regionen Ostdeutschlands ausgeprägt.

Wissenschaftliche Untersuchungen führen diese Entwicklung unter anderem auf die seit der deutschen Wiedervereinigung anhaltende Abwanderung junger Frauen nach Westdeutschland zurück (vgl. [www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/00324728.2024.2382154](https://doi.org/10.1080/00324728.2024.2382154)). Als wesentliche Ursachen werden bessere Ausbildungs-, Studien- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie Unterschiede in der Infrastruktur und den Lebensbedingungen benannt (vgl. <https://taz.de/Soziologin-zu-Frauen-aus-Ostdeutschland/vn6112451/>). Wenn Regionen ihre jungen Frauen verlieren, beschleunigen sich Bevölkerungsrückgang und Überalterung. Zugleich sinken die Chancen auf Familiengründungen, während die Daseinsvorsorge und der gesellschaftliche Zusammenhalt zunehmend unter Druck geraten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Lebens- und Berufsperspektiven junger Frauen in strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands zu verbessern?

2. Welche Strategien und Förderprogramme unterstützen nach Ansicht der Bundesregierung die Schaffung attraktiver Arbeitsplätze für junge Frauen in Ostdeutschland?
3. Welche Rolle misst die Bundesregierung dem Ausbau von Hochschulen, Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung, Kultur- und Freizeitangeboten für die Bindung junger Frauen an ländliche Regionen bei?
4. Gibt es seitens der Bundesregierung konkrete Pläne, die Länder dabei zu unterstützen, Schließungen von Kindertagesstätten zu verhindern?
Wenn ja, welche?
Wenn nein, warum nicht?
5. Wie viele Männer kamen nach Kenntnis der Bundesregierung zum letzten verfügbaren Stichtag bundesweit sowie je Bundesland auf 1 000 Frauen?
6. Wie viele Männer zwischen 18 und 29 Jahren kamen nach Kenntnis der Bundesregierung zum letzten verfügbaren Stichtag bundesweit sowie je Bundesland auf 1 000 Frauen desselben Alters?
7. In welchen zehn Landkreisen/kreisfreien Städten war nach Kenntnis der Bundesregierung der Männerüberschuss insgesamt, sowie in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen zuletzt am höchsten?
8. In welchen zehn Landkreisen/kreisfreien Städten war nach Kenntnis der Bundesregierung der Frauenüberschuss insgesamt, sowie in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen zuletzt am höchsten?
9. Wie viele Frauen wandern nach Kenntnis der Bundesregierung jährlich von Ostdeutschland nach Westdeutschland und umgekehrt ab (bitte als Tabelle mit absoluten Zahlen und im Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerungszahl angeben)?
10. In welchen zehn ostdeutschen Landkreisen/kreisfreien Städten war nach Kenntnis der Bundesregierung der Wanderungssaldo zuletzt am höchsten?
11. In welchen zehn ostdeutschen Landkreisen/kreisfreien Städten war nach Kenntnis der Bundesregierung der Wanderungssaldo zuletzt am niedrigsten?
12. In welchen zehn ostdeutschen Landkreisen/kreisfreien Städten stieg nach Kenntnis der Bundesregierung der Wanderungssaldo seit 1990 am stärksten?
13. In welchen zehn westdeutschen Landkreisen/kreisfreien Städten sank nach Kenntnis der Bundesregierung der Wanderungssaldo seit 1990 am stärksten?
14. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung der jährliche Wanderungssaldo 18- bis 29-jähriger Frauen und Männer jeweils von ostdeutschen ländlichen Kreisen in Großstädte seit 1990?
15. Wie viele Personen erwerben nach Kenntnis der Bundesregierung je Bundesland eine Hochschulzugangsberechtigung (bitte nach Geschlecht aufschlüsseln)?
16. Wie viele Personen nehmen nach Kenntnis der Bundesregierung ein Studium außerhalb des Bundeslandes auf, in dem sie ihre Hochschulzugangsberechtigung erwarben (bitte nach Herkunftsbundesland und Geschlecht aufschlüsseln)?
17. Wie viele Personen nehmen nach Kenntnis der Bundesregierung eine duale Berufsausbildung außerhalb des Bundeslands auf, in dem sie ihren all-

gemeinbildenden Schulabschluss erwarben (bitte nach Herkunftsbundesland und Geschlecht aufschlüsseln)?

18. Wie viele Personen nehmen nach Kenntnis der Bundesregierung eine erste Arbeitsstelle außerhalb des Bundeslandes auf, in dem sie einen Studienabschluss oder eine Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen haben?
19. In welchen zehn ostdeutschen Landkreisen/kreisfreien Städten ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Geburtenrate seit 1990 am stärksten gestiegen und gesunken?
20. In welchen zehn ostdeutschen Landkreisen/kreisfreien Städten hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung das Durchschnittsalter der Bevölkerung seit 1990 am stärksten erhöht bzw. verringert?
21. Welche Auswirkungen hat nach Einschätzung der Bundesregierung der geschlechts- und altersspezifische Wegzug aus ländlichen Regionen Ostdeutschlands auf die kommunale Daseinsvorsorge, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Mobilität und Kultur?
22. Welche Auswirkungen hat dieser Wegzug nach Einschätzung der Bundesregierung auf die Familienbildung sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Teilhabe vor Ort?
23. Gibt es Programme der oder Unterstützung zu Programmen der Länder durch die Bundesregierung, die sich explizit die Rückkehr von Frauen in die ostdeutschen Bundesländer fördern?

Falls ja, welche und mit welchen Haushaltstiteln?

Falls nein, warum nicht?

Berlin, den 23. Juli 2026

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.